

Uni Pentagon-Gelder

Ethik als Prozess

11.01.2016

Von Bettina Figl

An österreichischen Universitäten wird der Ruf nach Ethik und Transparenz in der Forschungsförderung lauter.

Wien. Der Ruf nach mehr Transparenz bei externen Geldgebern in der Forschung ist stärker geworden. Nach einer parlamentarischen Anfrage der Grünen wollte Transparency International mehr Einblick bei Forschungsgeldern, heute führen einige Universitäten ethische Debatten über Forschungsprojekte und deren Finanzierung. Zuletzt hat die Ethikplattform der Universität für Bodenkultur (Boku) in Wien Empfehlungen für den Umgang mit vom Militär finanzierten Uni-Projekten herausgegeben.

Die Trendwende erfolgte, als bekannt wurde, dass das US-Militär Forschung an österreichischen Universitäten bezahlt. Damals hatte die "Wiener Zeitung" in Zusammenarbeit mit NDR Info aufgedeckt, dass das Pentagon an öffentlichen Universitäten und an der öffentlichen Akademie der Wissenschaften Projekte in der Höhe von fast neun Millionen Euro finanziert beziehungsweise finanziert hat.

Unterschiedliche Regelungen

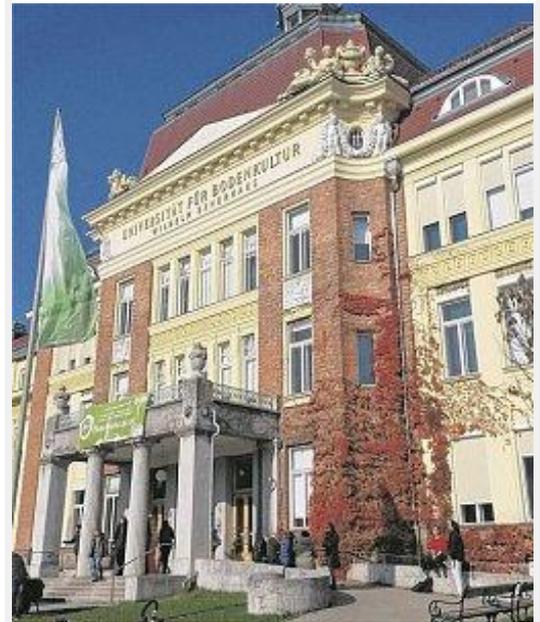
Formal hat sich seither nichts verändert: Die Unis sind nach wie vor nicht dazu verpflichtet, offenzulegen, woher sie ihre Gelder beziehen, oft muss der Projektleiter nicht einmal das jeweilige Uni-Rektorat informieren. An der Uni Wien sind Wissenschaftler alleine für den Inhalt ihrer Projekte verantwortlich, an der Uni Graz ist jedes Forschungsvorhaben, das mit Drittmittel finanziert wird, dem Rektorat zu melden. An der Uni Innsbruck müssen Drittmittelprojekte von der Institutsleitung bewilligt, und bei ethischen Fragen muss der Ethik-Beirat herangezogen werden. Die meisten Unis betonen, sie würden - auch wenn das Geld vom US-Militär kommt - reine Grundlagenforschung betreiben. Oft wird argumentiert, allzu strenge Regeln würden die Forschungsfreiheit einschränken.

"Keine militärischen Ziele"

An der Boku müssen Forscher mit einer Ja/Nein-Antwort angeben, ob sie ihre Projekte als ethisch bedenklich einstufen. "Die Antwort lautet immer ‚Nein‘", kritisiert Gerd Sammer. Der emeritierte Boku-Professor war Mitinitiator und erster Vorsitzender der dortigen Ethikplattform. Anders als an den meisten Universitäten, an denen die Diskussionen über Ethik und Transparenz - wenn überhaupt - nur hinter verschlossenen Türen stattfindet, hat sich die Boku der Debatte auch öffentlich in einer Podiumsdiskussion gestellt. Forschung und Lehre an der Boku sind friedlichen Zielen verpflichtet und Forschungsergebnisse für zivile Zwecke ausgerichtet, heißt es in der seit Frühjahr 2015 existierenden Ethik-Charta. Zuletzt hat sich die Ethikplattform Ende 2015 mit einem Projekt im Bereich der Nanotechnologie beschäftigt, das die Forschungsabteilung der US-Luftwaffe, dem US Air Force Office of Scientific Research, mit knapp 410.000 Euro finanziert hat. Für das Projekt, das Ende Mai 2015 auslief, hatten die Forscher einen Verlängerungsantrag gestellt. Das nahm die Ethikplattform zum Anlass, Empfehlungen für den Umgang mit Projekten wie diesem zu entwickeln.

Bei dem Projekt werden Protein-Membran-Strukturen an der Oberfläche von Bakterien, sogenannte S-Layer, erforscht. Die Forscher versuchen den geringen Strömungswiderstand in den S-Schichtgittern durch die Struktur der Wassermoleküle zu erklären. In diesem Fall wäre eine Anwendung bei Trinkwasseraufbereitung denkbar - eine waffentechnische Nutzbarkeit oder militärische Ziele konnten die Mitglieder der Ethikplattform nicht erkennen. Die Intentionen der

WIENER ZEITUNG .at



Die Ethikplattform der Boku in Wien gab Empfehlungen für den Umgang mit vom Militär finanzierten Uni-Projekten.
© Wiener Zeitung, Figl

Projektverantwortlichen an der Boku seien "zweifelsfrei zivil", dennoch können sie nicht beurteilen, ob die Forschungsergebnisse langfristig nicht doch militärisch anwendbar seien. Die Ethiker sehen sich außerstande, eine Abwägung vorzunehmen. Sammer schlägt daher eine durch externe Experten besetzte Ethik-Kommission vor.

Er betont, Miteinbeziehung ethischer Aspekte sei ein Prozess und ein Balanceakt zwischen Forschungsfreiheit und ethischer Verantwortung. Insbesondere bei der Antragsstellung solle man ethische Fragen stärker berücksichtigen, so Sammer, und Geldgeber seien hinsichtlich ihrer Ziele unter die "ethische Lupe zu nehmen". Zu den Zielen der Fördergeber, dem Pentagon, erhebt die Ethikplattform im Anlassfall "deutliche Zweifel".

Dokumente AFOSR-Diskussionspapier und Stellungnahme

Die Ethik-Kommission empfiehlt, dass Wissenschaftler aller Forschungsgebiete im Fall einer geplanten Forschungsförderung aus militärischen Quellen das Rektorat informieren müssen. Mehr Transparenz bei Drittmitteln fordert auch Transparency International. Die NGO will Daten zu Sponsoring, Forschungsaufträgen und -kooperationen aus der Privatwirtschaft an österreichische Hochschulen sammeln. Vorbild ist die deutsche Plattform www.hochschulwatch.de. Ziel ist, die "Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft für jedermann nachvollziehbar zu machen und versteckten Einflussnahmen der Privatwirtschaft auf Forschung und Lehre entgegenzuwirken", so Thomas Gradel von Transparency International Austrian Chapter. Das Projekt steckt noch in den Kinderschuhen, derzeit formiert sich eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Hochschulen und Studierenden, und auch das Ministerium ist angefragt.

Drittmittel werden wichtiger

Fest steht, dass Forscher zur Finanzierung ihrer Projekte immer mehr Drittmittel anzapfen werden müssen, denn das Geld, das vom Bund im Rahmen der Leistungsvereinbarungen zur Verfügung gestellt wird, wird immer knapper. Für 2016 bis 2018 wäre zur Aufrechterhaltung des Status quo eine Steigerung des Budgets von 10,5 bis elf Prozent notwendig gewesen. Das entspricht etwa dem Zuwachs der vorhergehenden Leistungsperiode. Nun bekommen die Unis 5,5 bis sechs Prozent mehr Geld, doch die 615 Millionen Euro zusätzlich decken nicht einmal die Gebäudekosten ab, mitbenutzte Ressourcen werden nicht mehr wie bisher vom Wissenschaftsfonds FWF bezahlt.

In der Antragsforschung kommen die Gelder oft von der EU oder vom FWF, in der Auftragsforschung treten Unternehmen oder eben das US-Militär an die Forscher heran. Dass es hier mehr Transparenz braucht, darüber sind sich so gut wie alle Beteiligten einig. Weniger Konsens herrscht darüber, wie weit die Transparenz gehen soll. Für Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) ist die Rechtslage ausreichend: "Wenn wir Informationen wollen, kriegen wir sie."

Wissen

Drittmittel

sind Gelder, die Universitäten nicht aus dem Globalbudget beziehen, das ihnen durch den Bund zugeteilt wird, sondern beispielsweise von Unternehmen, dem Wissenschaftsfonds FWF oder der EU. Man unterscheidet zwischen der prestigeträchtigeren Antragsforschung, bei der Professoren ihre Projekte beim FWF oder der EU einreichen, und der Auftragsforschung, bei der meist Unternehmen mit ihren Projekten auf die Universitäten zukommen. 2013 hatte NDR Info aufgedeckt, dass an deutschen Hochschulen Forschungsprojekte vom US-Verteidigungsministerium bezahlt wurden. Durch weitere Recherchen in Zusammenarbeit mit der "Wiener Zeitung" wurde im Sommer 2014 bekannt, dass das Pentagon auch Forschungsprojekte an allen größeren Hochschulen sowie der außeruniversitären Akademie der Wissenschaft in Österreich bezahlt hat beziehungsweise nach wie vor bezahlt. Der Bericht hat eine politische Debatte über Transparenz bei der Vergabe von Drittmitteln entfacht und führte unter anderem zu einer parlamentarischen Anfrage der Grünen. Die Boku hat seither eine Ethik-Charta, Ende 2015 hat die Ethikplattform Empfehlungen zum Umgang mit Forschungsprojekten aus ethisch bedenklichen Quellen gegeben.